

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANTRAG

4-0462/10-KT/1

für die öffentliche Sitzung

Haushalts- und Finanzausschuss
Kreisausschuss
Kreistag

25.01.2010
25.01.2010
15.02.2010

Einreicher: Dr. Gerhard Kalinka
Fraktion SPD/Grüne

Betr.: Antrag der Fraktion SPD/Grüne zur Förderung einer unabhängigen
Bürgerberatung zum Schallschutzprogramm des Flughafens BBI

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis unterstützt aktiv den Aufbau einer Bürgerberatung zum Thema „Schallschutzmaßnahmen und Vereinbarungen mit der FBS“.
2. Es werden 50.000 € für das Jahr 2010 eingestellt und es sind Mittel für die Folgejahre zu planen.
3. Der Landrat wird beauftragt, bis zum 15.02. eine Absprache mit dem Landkreis LDS und dem Bezirk Treptow-Köpenick vorzunehmen, die festlegt, wie sich die drei betroffenen Kommunen an welchen Jahresscheiben zur Finanzierung beteiligen.
4. Es wird angestrebt, dass sich alle drei Kommunen auf ein gemeinsames federführendes Akustik-Büro bzw. eine/n federführende/n Fachmann/Fachfrau einigen, um eine fachliche Kontinuität über die Jahre 2010, 2011 und 2012 zu sichern.

Sachverhalt:

Auf Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses für den Flughafen BBI ist die Flughafengesellschaft FBS gehalten ca. 25.000 Gebäude in den Landkreisen TF und LDS sowie im Bezirk Treptow-Köpenick auf notwendige Schallschutzmaßnahmen hin zu überprüfen und die Realisierung der entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Zu diesem Zweck sind derzeit mehrere Gutachter durch die FBS beauftragt, diese Einschätzungen vorzunehmen, Maßnahmen festzulegen und den Eigentümern entsprechende Vereinbarungen vorzulegen.

Mit Unterzeichnung der Vereinbarung in der derzeitigen Fassung verzichten die Unterzeichner auf alle weiteren Ansprüche gegen den Flughafen was den Schallschutz betrifft. Die Eigentümer - in der ganz überwiegenden Mehrzahl Besitzer von Einfamilienhäusern, darunter viele ältere Menschen -, sind mit der fachlichen Einschätzung der Vereinbarung völlig überfordert. Nur hochspezialisierte Akustik-Fachleute können einschätzen, ob sich Rechenfehler oder falsche Annahmen in die jeweiligen Gutachten eingeschlichen haben und ob die vorgesehenen Maßnahmen überhaupt geeignet sind, die Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses zu erfüllen. Daher ist kaum jemand bereit, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, ohne die Folgen absehen zu können und zumindest eine zweite, unabhängige Meinung gehört zu haben.

Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist groß und steigt täglich mit zunehmender Zahl der begutachteten Gebäude. In dieser Situation besteht Handlungsbedarf und der Landkreis muss seinen Bürgern zur Seite stehen. Der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick hat bereits Haushaltsmittel für die Unterstützung einer fachlich fundierten Bürgerberatung in seinen Haushalt eingestellt, der Landkreis Dahme-Speewald hat 250.000 Euro beschlossen, von denen ein Teil auch für ein solches Büro zur Verfügung gestellt werden könnte.

Luckenwalde, den 26.01.2010

gez. Gerhard Kalinka
Mitglied der Fraktion SPD/Grüne